

## Ohne Konsumverzicht keine CO<sub>2</sub>-Reduktion – auch, wenn man auf Innovation setzt

Oliver Holtemöller, Vize-Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



In der Diskussion über die deutsche Klimapolitik steht häufig die Frage im Mittelpunkt, mit welchen Instrumenten sich eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen am wirksamsten erreichen lässt. So werden etwa die Vor- und Nachteile von CO<sub>2</sub>-Steuern im Vergleich zur Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und die Reihenfolge der Abschaltung von Braunkohlekraftwerken diskutiert. Neben diesen eher mikroökonomischen Aspekten hat die Klimapolitik weitreichende makroökonomische Konsequenzen.

Allen CO<sub>2</sub>-Vermeidungsstrategien ist gemeinsam, dass Teile des bestehenden volkswirtschaftlichen Kapitalstocks ökonomisch entwertet werden. Bei der Abschaltung eines funktionsfähigen Braunkohlekraftwerks ist das offensichtlich – unabhängig davon, ob das Kraftwerk betriebswirtschaftlich bereits abgeschrieben ist. Durch den beschleunigten Braunkohleausstieg schrumpft für sich genommen der volkswirtschaftliche Kapitalstock, und damit geht ein Rückgang der Produktionsmöglichkeiten einher. Dies wird dadurch noch verstärkt, dass die Stromerzeugung aus Braunkohle gegenwärtig wirtschaftlicher ist als alternative Technologien.

Um das gleiche volkswirtschaftliche Einkommen wie ohne beschleunigten Braunkohleausstieg zu erreichen, sind zusätzliche Investitionen in den Aufbau neuer Stromerzeugungsanlagen und Mehrausgaben für die Steigerung der Produktivität durch Innovationen erforderlich. Diese können gesamtwirtschaftlich betrachtet entweder aus dem laufenden Einkommen oder durch den Verzehr von Vermögen – d. h. durch Verzicht auf andere Investitionsprojekte oder Verschuldung im Ausland und damit Abbau des Nettoauslandsvermögens – finanziert werden. Zusätzliche Investitionen in neue Technologien sind also ohne Konsumverzicht oder Verzicht auf Investitionen an anderer Stelle nicht möglich, sofern man zukünftigen Generationen nicht zusätzliche Auslandsschulden hinterlassen möchte.

Diese Tatsache kann man auch aus der Angebotsperspektive herleiten. Arbeitszeit kann entweder für die Produktion von Konsumgütern oder von Investitionsgütern (Forschung inbegriffen) verwendet werden. Wenn mehr Menschen in der Produktion von Wind-

kraftanlagen oder in der Entwicklung von neuen Technologien beschäftigt sind, können sie nicht gleichzeitig Konsumgüter produzieren. Den Ausfall an heimisch produzierten Konsumgütern durch Mehrproduktion im Ausland zu kompensieren funktioniert wiederum nur, indem Auslandsschulden erhöht bzw. das Auslandsvermögen zu Lasten zukünftiger Generationen abgebaut wird.

Wie man es auch dreht und wendet, ohne Konsumverzicht ist eine spürbare Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht zu erzielen – und zwar unabhängig davon, ob man auf Verbote, höhere CO<sub>2</sub>-Preise oder mehr Innovationen setzt. Das ist keine Wachstumskritik: Es ist vielmehr ein Ziel der Klimapolitik, die Einkommens- und Konsumperspektiven zukünftiger Generationen zu verbessern. Dafür müssen wir heute auf etwas Konsum verzichten, um mehr Ressourcen für Investitionen und für Forschung und Entwicklung aufwenden zu können. Man kann das mit einer Überschwemmung vergleichen, die Produktionsanlagen zerstört. Dadurch kann man weniger produzieren als zuvor. Gleichzeitig sind neue Produktionsanlagen aufzubauen. Wenn man seinen Nachfolgern nicht mehr Schulden hinterlassen möchte, geht das nur, wenn aus dem laufenden Einkommen weniger konsumiert und mehr investiert wird.

Es gilt also nicht, Verbote oder Preiserhöhungen auf der einen Seite und mehr Innovationen auf der anderen Seite im politischen Diskurs gegeneinander auszuspielen. Alle CO<sub>2</sub>-wirksamen Optionen implizieren heutigen Konsumverzicht. Allerdings unterscheiden sich die verschiedenen Optionen in ihren Verteilungsimplicationen. Die Finanzierung von mehr Forschung und Entwicklung aus Einkommensteuern, die nach der Leistungsfähigkeit erhoben werden, hat andere Verteilungsimplicationen als die Verteuerung von Alltagsprodukten. Hier befinden wir uns aber nicht mehr allein im Bereich der makroökonomischen Analyse, sondern bereits im politischen Diskurs. 